

AfD beantragt Corona-Schutzkonzept für Berliner Busse, S- und U-Bahnen

BERLIN – Der ÖPNV-Experte der AfD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus, Gunnar Lindemann, übt massive Kritik an den bisherigen Schutzmaßnahmen im Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) der Hauptstadt. Einerseits habe die Coronakrise zu „dramatischen Einnahmeausfällen und Fahrgastschwund“ geführt, andererseits sei „auffällig wenig an durchdachten Konzepten in Sachen Infektionsschutz erkennbar“, heißt es weiter in einem Antrag der Partei im Abgeordnetenhaus.

So sei der Fahrerbereich von Bussen oftmals nur mit „provisorischem Flatterband abgegrenzt“ und Fahrgäste hätten Maskenpflicht. Ein Mehr an Konzept sei nicht erkennbar.

Besonders bitter sei, dass es andere Lebensbereiche in Berlin gäbe, die die vergangenen neun Monate genutzt hätten, wirksame Hygienemaßnahmen und Konzepte zu entwickeln. Die AfD schlägt deshalb ein konkretes Maßnahmenpaket vor, um sicherzustellen, dass besonders für Risikogruppen der ÖPNV wieder sicher und attraktiv werde.

So sei die regelmäßige Reinigung an den Endhaltestellen einschließlich guter Durchlüftung in vielen Verkehrsmitteln, z.B. Flugzeugen oder Fernbahnen, längst Standard, bei BVG und S-Bahn aber noch nicht.

Konkret fordert die AfD:

- die regelmäßige Innenreinigung der Fahrzeuge an den Endhaltestellen, insbesondere Haltegriffe, Haltestangen und Türöffner
- regelmäßiges Lüften der Fahrzeuge an den Endhaltestellen
- gefährdete Risikopersonen (Hochbetagte, Personen mit stark risikoerhöhenden Vorerkrankungen) können statt mit

regulärem ÖPNV auf Wunsch ohne Aufpreis mit dem *BerlKönig* fahren, um diese Menschen besonders zu schützen

- zusätzliche Fahrten auf stark frequentierten Strecken zu den Stoßzeiten, um das Abstandhalten in den Fahrzeugen zu erleichtern
 - Fahrerkabinen professionell mit festinstallierter Plexiglaswand schützen und Fahrscheinverkauf im Bus wieder ermöglichen
 - keine sinnlose und nutzlose Maskenpflicht im Freien, auf offenen Bahnhöfen und in wenig belegten Fahrzeugen, in denen Mindestabstände problemlos eingehalten werden können
-

Neonazis Weihnachten in der Zelle

BERLIN – Die Berliner Polizei hat am Tag vor Heiligabend die beiden bekannten Neonazis Sebastian T. und Tilo P. verhaftet. Beiden wird die Beteiligung an einer Reihe von Brandanschlägen in der Stadt vorgeworfen. Bei T. kommt hinzu, dass er unrechtmäßig Corona-Soforthilfe beantragt haben soll. Das Amtsgericht Tiergarten lehnte auf Antrag der Generalstaatsanwaltschaft eine Haftverschonung gegen die Rechtsextremisten ab.

Politische Extremisten von Rechts und Links verüben seit Jahren in Berlin Anschläge auf Wohnungen und Autos von Politikern, bevorzugt der Linken und der AfD.

77 verletzte Polizisten, 365 Festnahmen – Berlins Polizei zieht traurige Bilanz des heißen Demo-Tages

BERLIN – Die Berliner Polizei hat einen ausführliche Bilanz der Demonstrationen rund um die Bundestagssitzung zur Novelle des Infektionsschutzgesetzes gezogen. **Berlin.jetzt dokumentiert die Aussagen der Polizei in Auszügen:**

„Insgesamt 19 Versammlungen wurden am gestrigen Tag durch rund 2.500 Einsatzkräften der Polizei Berlin, Bundespolizei sowie Polizisten aus den Bundesländern Baden-Württemberg, Bayern, Niedersachsen, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Nordrhein-Westfalen, Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz und aus Schleswig-Holstein betreut. Insgesamt 77 verletzte Einsatzkräfte und 365 Festnahmen sind die vorläufige Bilanz der gestrigen Versammlungslage in Mitte.

Anlässlich mehrerer Sitzungen im Regierungsviertel und Bundesrat waren im Zusammenhang mit der COVID-19-Krise im Vorfeld 21 Versammlungen angemeldet worden. Mehrere Demonstrationen wurden im Bereich des befriedeten Bezirkes am Deutschen Bundestag bzw. im Regierungsviertel erwartet.

Die zunächst auf dem Platz der Republik angemeldete Kundgebung „Antifaschistische Versammlung gegen Querulant und Feinde der Gesellschaft“ fand auf dem Platz des 18. März mit 5.500 Teilnehmern statt.

Bereits beim „Zustrom zum Versammlungsort und auch im Verlauf der Demonstration“ hätten „nahezu sämtliche

Versammlungsteilnehmer keine Mund-Nasen-Bedeckung getragen und den Mindestabstand von 1,5 Metern nicht eingehalten. Aufgrund der Vielzahl der Personen, die zwischenzeitlich auf 9.000 anwuchs, wurde der Versammlungsbereich entlang der Straße des 17. Juni durch die Polizei Berlin erweitert. Auch das sei nicht genutzt worden, um Mindestabstände einzuhalten. Auch auf mehrfache Bitten, Apelle und Aufforderungen hin, die Hygieneregeln einzuhalten, hätten die Versammlungsteilnehmer nicht reagiert.

Da die Versammlungsleiter nicht in der Lage waren, die „fortwährend bestehenden Infektionsrisiken“ einzudämmen, habe die Polizei kurz vor zwölf Uhr die Auflösungsverfügung verkündet. Den wiederholten Weisungen, den Platz des 18. März zu verlassen, seien die Demonstranten nicht nachgekommen. So sei der Einsatz von Wasserwerfer „das letzte Mittel“ geblieben (Foto). Dies sei vorher mehrfach angekündigt worden.

In der Folge hätten einzelne Gruppen aus der Demonstration heraus die Einsatzkräfte der Polizei massiv angegriffen. So wurde teilweise versucht, die Helme von Beamten vom Kopf zu zerren. Bei einigen Einsatzkräften wurden die Helmvisiere hochgerissen und die Angreifer haben ihnen Reizgas ins Gesicht gesprüht. Darüber hinaus seien die Einsatzkräfte mit Flaschen, Steinen und Pyrotechnik beworfen worden. Sowohl das Fortbestehen der Infektionsgefahren als auch die massiven Angriffe gegen Polizeibeamte hätten den Einsatz des Wasserwerfers erforderlich gemacht.

Etwa 40 Personen aus der Hooligan-Szene hätten versucht, die Absperrlinien im Simsonweg zu durchbrechen, um in Richtung Reichstag zu gelangen. Hier habe die Polizei Reizgas eingesetzt, um den Durchbruch durch die Absperrlinien zu verhindern.

Am Platz des 18. März hätten Gewalttäter mehrfach versucht, einzelne Beamte „zu isolieren und in die Menschengruppe zu ziehen“. Während einzelne Tatverdächtige durch die

Einsatzkräfte festgenommen wurden, hätten Personen die Beamten angegriffen, sie geschlagen und auf sie eingetreten. In mehreren Fällen sei so die Festnahme von Straftätern verhindert worden. Einzelne Personen nahmen die vor Lokalen stehenden Stühle sowie Tische auf und hätten die Einsatzkräfte damit beworfen.

Insgesamt wurden 257 Strafverfahren eingeleitet unter anderem wegen schweren Landfriedensbruchs, Tälichen Angriffs und versuchter Gefangenbefreiung.

Schüler „erlebten“ den Mauerfall

BERLIN – Anlässlich des 31. Jahrestags des Mauerfalls zeigte die bezirkseigene Jugendfreizeiteinrichtung „Fuchsbau“, in der Thurgauer Str. 66, eine Ausstellung der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur. Titel: „Von der Friedlichen Revolution zur deutschen Einheit“.

Damit sich die Kinder der sechsten Klasse den Tag des Mauerfalls besser vorstellen können, hat die Künstlerin Annika Gemlau im Café einen Erlebnisraum „Berliner Mauer“ geschaffen. Darin konnten die Schüler ein nachgebautes Mauerstück mithilfe von Taschenlampen und Handylicht erforschen. Zahlreiche QR-Codes zum Scannen, ermöglichen es Kindern, weitere Informationen selbst abzurufen. Jugendstastrat Tobias Dollase (parteilos, für die CDU) sagte: „Dank der friedlichen Revolution 1989 leben alle Deutschen seit gut 30 Jahren in einem freiheitlichen und demokratischen Land.“ Das sei angesichts der aktuellen Diskussionen über Maskentragen und

Corona-Krise eine wichtige Botschaft.

Luthe rechnet mit der FDP ab und tritt aus

„Mir ist dieser Schritt sehr schwer gefallen, aber als Liberaler sehe ich in einer Partei, die sich zunehmend als zu verkaufende Marke und nicht als Wertegemeinschaft sieht, keine politische Heimat mehr.“

BERLIN – Der nach seinem Ausschluss aus der FDP-Fraktion im Abgeordnetenhaus nun auch selbst aus der Partei ausgetretene Abgeordnete Marcel Luthe (43) hat in einem dreiseitigen Brief die Gründe zusammengefasst, aus denen er den Liberalen nach 20 Jahren jetzt den Rücken kehrt.

Das Schreiben hat es in sich.

„Liberalismus ist jedoch das Gegenteil von Beliebigkeit: das klare, entschlossene Bekenntnis zur Freiheit als dem zentralen Ausdruck der Menschenwürde“, scheibt der Innenpolitiker. Und weiter: „Mir ist dieser Schritt sehr schwer gefallen, aber als Liberaler sehe ich in einer Partei, die sich zunehmend als zu verkaufende Marke und nicht als Wertegemeinschaft sieht, keine Zukunft.“

Senat beschließt viel heiße Luft gegen die Folgen von Corona

BERLIN – Der Senat hat weitere Maßnahmen gegen die Folgen der Corona-Pandemie am Berliner Arbeitsmarkt beschlossen. Ein entsprechendes Konzept wurde von Arbeitssenatorin Elke Breitenbach (Linke, Foto) vorgelegt.

Es soll einen Beitrag zur Stabilisierung der coronabedingt schwierigen Arbeitsmarktlage und zur Bekämpfung der spürbaren Folgen des Lockdowns leisten. Betriebe und Beschäftigte sollen ermutigt werden, Phasen von Kurzarbeit für Qualifizierung zu nutzen. Um die Attraktivität von Weiterbildungen während der Kurzarbeit zu erhöhen, soll das Kurzarbeitergeld während des Zeitraums der Qualifizierung durch den Senat aufgestockt werden. Berlin ergänzt damit die auf Bundesebene beschlossene Verlängerung der maximalen Bezugsdauer des Kurzarbeitergeldes durch einen Anreiz zur gleichzeitigen Weiterbildung.

Ein besonderes Augenmerk gilt zudem der Erlangung digitaler Grundkompetenzen durch Langzeitarbeitslose. Hierzu soll ein *Interessenbekundungsverfahren zur Entwicklung praxisorientierter Curricula für Weiterbildungen im Bereich digitaler Grundkompetenzen durchgeführt werden*. Die erarbeiteten und erprobten Curricula können Weiterbildungsanbietern und Betrieben anschließend zur freien Verwendung zugänglich gemacht werden.

Schmähung der Polizei: 150 Strafanzeigen gegen die taz – alle eingestellt!

BERLIN – Nach der Veröffentlichung einer Kolumne mit dem Überschrift „Abschaffung der Polizei. All cops are berufsunfähig“ sind bei der Berliner Staatsanwaltschaft 150 Strafanzeigen gegen die linksextreme „TAZ“ eingegangen. Der Vorwurf: Volksverhetzung und Kollektivbeleidigung der Polizei. Nun hat die Staatsanwaltschaft alle Verfahren ohne Aufnahme von Ermittlungen eingestellt.

Die Prüfung, so heißt es in einer Pressemitteilung, habe im Ergebnis ergeben, dass ein solcher Anfangsverdacht nicht bestehe. 145 Personen, die Strafanzeigen in dieser Sache erstattet haben, seien die Gründe der Entscheidung im Einzelnen dargelegt worden, „wobei dies im Fall von durch die Kolumne direkt angesprochenen und betroffenen Polizeibeamten mit besonderer Ausführlichkeit geschehen ist“.

Es habe geklärt werden müssen, ob die zweifellos „äußerst abschätzige Bewertung der deutschen Polizei bzw. deren Mitarbeiter“ in der Kolumne vom verfassungsrechtlich garantierten Recht der freien Meinungsäußerung gedeckt und deshalb nicht strafbar sei oder „ob sie die Grenze strafbaren Verhaltens überschreitet und die Tatbestände der Volksverhetzung oder der Kollektivbeleidigung erfüllt“, heißt es weiter.

Das verfassungsrechtlich garantie Recht der freien Meinungsäußerung gewährleiste grundsätzliche jedem, seine Meinung frei zu äußern und zu verbreiten. Trotz ihrer „äußerst abschätzigen Bewertung“ seien die Ausführungen der Kolumne der Einstellungsentscheidung zufolge noch vom Recht der freien Meinungsäußerung gedeckt gewesen.

Eine Meinungsäußerung wäre danach nur als strafbare Volksverhetzung zu bewerten, wenn nicht eine Auseinandersetzung in der Sache – sei es auch in satirischer Form – sondern alleine die Beleidigung und die Schmähung im Vordergrund stehen und die Meinungsäußerung deshalb als Angriff auf die Menschenwürde zu werten sei. Dabei sei entsprechend den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts zu berücksichtigen, dass auch scharfe und überspitzte Formulierungen eine Äußerung noch nicht unzulässig machen. Vielmehr spricht gerade, wenn es um Beiträge zum geistigen Meinungskampf in einer die Öffentlichkeit wesentlich berührenden Frage geht, die Vermutung für die Zulässigkeit der freien Rede (BVerfGE 7, 198 (212)).

Insofern sei die Kolumne als zugespitzter Beitrag im Kontext der aktuellen öffentlichen Diskussion zu „Polizeigewalt“ und Rassismus innerhalb der Polizei zu sehen. Eine strafrechtlich relevante Schmähung läge danach nur dann vor, wenn der Inhalt der Kolumne keinen „irgendwie nachvollziehbaren Bezug mehr zu einer sachlichen Auseinandersetzung hat und es bei ihr nur um das grundlose Verächtlichmachen der betroffenen Personen als solcher geht.“ (BVerfG, Beschl. V. 19.05.20 – 1 BvR 2397/19).

Der Einstellungsentscheidung der Staatsanwaltschaft Berlin zufolge sei das nicht der Fall. Vor dem Hintergrund der genannten aktuellen politischen und öffentlichen Diskussion zur Rolle von Polizei und Polizisten in der Gesellschaft hab die Autorin deshalb die Grenze der Strafbarkeit nicht überschritten.

Störaktionen bei Demo gegen Kindesmissbrauch in Berlin: Antifa und Polizei beste Freunde?

von BORIS REITSCHUSTER

BERLIN – Vor dem „Roten Rathaus“ in Berlin Mitte hat heute die Bustour „Stoppt Kentlers Sex-Pädagogik“ Station gemacht. Als „rollendes Großplakat“ gegen Kindesmissbrauch und Kentlers Sex-Pädagogik touren junge Familien-Aktivisten von „DemoFürAlle“ und „CitizenGO“ mit einem orangefarbenen „Bus der Meinungsfreiheit“ vom 6. bis 12. September durch Deutschland. Schon beim Auftakt in Erfurt kam es zu Gegenaktionen aus der linken Szene. Ebenso in Berlin am Dienstag. Unter anderem wurden die Familien-Aktivisten von Gegendemonstranten als „Nazis“ beschimpft. Die offenbar aus dem Antifa-Milieu kommenden Störer versuchten, die Kundgebung mit Trillerpfeifen und Schreien zu übertönen. Es kam auch zu Übergriffen. Linksextreme versuchten, der Rednerin Hedwig von Beverfoerde, Sprecherin des Aktionsbündnis für Ehe und Familie, das Mikrophon zu entreißen und einen Stand mit Informations-Material umstürzten.



Ich war vor Ort und habe gefilmt. Als ich versuchte, in meinem Livestream mit den Gegendemonstranten zu sprechen, wurde das nach kurzer Zeit von der Polizei faktisch unterbunden. Eine Gegendemonstrantin verfolgte mich und nahm mich aus nächster Nähe auf, während ich filmte. Das bin ich gewöhnt und ich habe kein Problem damit. In diesem Moment kam aber eine Hauptkommissarin und wollte mir verbieten, weiter aufzunehmen – so als ob ich der Frau zu nahe gekommen wäre und

nicht umgekehrt. Die Beamtin sagte mir, meine Aufnahmen der Antifa-Kundgebung seien nicht rechtens, weil ich das „Persönlichkeitsrecht“ der Teilnehmer und das „Urheberrecht“ verletze. Sie untersagte mir auch, sich selbst aufzunehmen – auch ein Verstoß gegen das Gesetz. Auf einer öffentlichen Demonstration dürfen Pressevertreter filmen (über diesen Link kommen Sie direkt an die Stelle im Livestream). Was das Urheberrecht mit dem Berichterstatter von einer Kundgebung zu tun haben soll, ist mir ein Rätsel.

Ich hatte ähnliche Erfahrungen am Freitag, 28. August. bei einer Antifa-Aktion in Berlin. Zuvor hatte ich es mehrfach erlebt, dass Polizisten sehr korrekt durchsetzten, dass ich bei Demonstrationen aufnehmen kann (siehe hier). Warum schützen nun Polizisten die Antifa bzw. Demonstranten aus ihrem Umfeld vor Berichterstattung? Hängt es von den politischen Sympathien der einzelnen Beamten vor Ort ab? Oder hat sich hier der Kurs der Polizei geändert? Am heutigen Dienstag hatte mir schon vorher der Einsatzleiter massiv dazu geraten, nicht auf die Straßenseite der Gegendemonstranten zu gehen. Eine der Beamtinnen trug nach Angaben der Familien-Aktivisten eine Regenbogenfarbe an ihrer schusssicheren Weste – eine klare politische Positionierung und damit bei so einem Einsatz unzulässig. Insbesondere, da ja auch die Gegendemonstranten mit Regenbogenfahnen unterwegs waren.

Ein Aktivist mit einem Anstecken „Stop Homophobia“ stand eine gefühlte Ewigkeit zwischen den Kundgebungsteilnehmern und zeigte diesen den Stinkefinger, ohne dass die Polizei eingriff. Auch bei einer der Störerinnen, die den Stand der Familien-Aktivisten angriff, wurden zumindest gleich nach ihrem Angriff keine Personalien aufgenommen.

Nichts mehr verpassen!

Jeden Abend das Wichtigste von der Seite, bei wichtigen Ereignissen exklusive Hintergründe: Abonnieren Sie mein Tagesbelebung - einfach hier klicken.

Thema der Bustour sind nach Angaben der Organisatoren sind Taten von Helmut Kentler, der mithilfe des Berliner Senats Kinder und Jugendliche in die „Obhut“ pädokrimineller „Pflegeväter“ gab (Kentler-„Experiment“) und, so die Familien-Aktivisten „gleichzeitig als gefeierter Pädagoge jene übergriffige Sexualpädagogik begründete, die heute flächendeckend in Schulen und Kitas praktiziert wird“. Kentlers Forschung und Einfluss auf die heutige Sexualpädagogik in Schulen und Kitas können nicht von seinem pädosexuellen „Experiment“ getrennt werden, so Hedwig von Beverfoerde von den Organisatoren. „Das verbrecherische Experiment“ müsse restlos aufgeklärt und „die damit untrennbar verwobene Sexualpädagogik konsequent aus Lehr- und Bildungsplänen, Unterrichtsmaterialien, Studiengängen und Ausbildungen entfernt werden.“

Dieser Beitrag erschien heute bereits auf dem Blog von Boris Reitschuster.

Das komplette Interview mit Hedwig von Beverfoerde sehen Sie hier:

Diese Bilder werden um die Welt gehen: Berauscht von der

eigenen Doofheit

von KLAUS KELLE

BERLIN – Zugegeben, man muss den Aufmarsch von 40.000 Gegnern der Corona-Politik dieser Bundesregierung gestern in Berlin nicht mögen. Abstandsregeln missachtet – allerdings auch provoziert durch zeitweises Einkesseln durch die Polizei (wie sollen Zehntausende Abstand halten, wenn die Polizei alle Seitenstraßen sperrt?) – kaum einer mit Maske, nicht nur den verantwortlichen Politikern, sondern vielen Bürgern dürfte das nicht gefallen haben. Bürgern, die eine Maske tragen, wenn sie im Supermarkt einkaufen, die in NRW ihre Kinder mit Masken in den Schulunterricht setzen, was definitiv keine gute Idee ist. Aber viele Bürger sind in den Corona-Monaten eben zusammengerückt, so etwas wie ein Stück gesellschaftliche Solidarität hat sich breitgemacht. Wir tun zusammen etwas, für die Gesundheit von allen. „Health & Virus“-Szene sozusagen, auch wenn höchst fraglich ist, wie weit zumindest der wirtschaftliche Lockdown geboten war. Die Ergebnisse werden wir im Herbst an den Arbeitslosenzahlen und Insolvenzen ablesen können.

Doch zurück zur Berliner Großdemo, die war nämlich weitgehend friedlich, nicht dass hasserfüllte Gekreische, nicht die martialischen Aufzüge, wie man es von Demos der linksextremen antifa-Kriminellen gerade in Berlin (und Hamburg) kennt. Menschen in guter Stimmung mit Luftballons waren da gestern unterwegs, den Nachwuchs im Kinderwagen dabei. Und sie reden von Liebe und Frieden statt von revolutionären Gedöns. Dazu ein echter Kennedy auf der Bühne – es hätte ein perfekter Nachmittag sein können. Hätte...

Leider zeigte sich gestern, dass nicht nur linke Demos Probleme mit ihren Randfiguren haben, sondern eben auch – eher – rechte. Kochbuch-Autor Attila Hildmann, ein Star der deutschen Verschwörungsszene, nutze erneut die große Bühne der

großen Demo für einen ekelhaften Auftritt mit seinen Jüngern, die vor der russischen Botschaft Unter den Linden Polizisten angriffen, mit Flaschen bewarfen und sich nicht entblödeten, „Putin! Putin!“-Sprechchöre anzustimmen. Die würde ich gern mal in Moskau so sehen und ihre dann folgende Begegnung mit Putins Mitarbeitern im Sicherheitsapparat. Aber so wie diese Typen drauf sind, würden sie vor Fernsehkameras dann wahrscheinlich „Merkel! Merkel!“ um Hilfe anrufen (und Heiko Maas würde sie danach persönlich heimholen – gibt gute Pressebilder). Auch die Leute von „Querdenken 711“ müssen sich spätestens jetzt bei ihren weiteren Aktivitäten Gedanken machen, wie sie die große friedliche Mehrheit vom extremistischen Mob fernhalten.

Das gilt besonders in Bezug auf den „Sturm“ von vielleicht 200 Demoteilnehmern auf den Reichstag. Schon gestern Abend waren Bilder dieser vollkommen durchgeknallten Leute im Internet auf Nachrichtenseiten in aller Welt zu sehen. Angriff auf das deutsche Parlament – unter wehenden Kaiserreichsflaggen. Vielleicht sollte an unseren Schulen mal wieder der Geschichtsunterricht intensiviert werden, statt wie die Schafe hinter Frau Thunberg herzutrotten.

Nur eine Handvoll Polizisten stand am Eingang des imposanten Gebäudes, allerdings erkennbar entschlossen, Recht und Gesetz durchzusetzen. Solche Jungs, die ihren Job ernst nehmen, machen einen stolz auf unsere Polizei. Danke dafür! Warum die Berliner Polizeiführung vorher nicht realisiert hatte, dass neben dem Kanzleramt auch der Reichstag ein Angriffsziel sein könnte, bleibt wohl ewig ihr Geheimnis.

Schließlich wurden Hundertschaften herangeführt, die die Lage nach kurzer Zeit unter Kontrolle brachten, doch der Schaden für unser Ansehen in der Welt wird nicht wieder gutzumachen sein. Solche Bilder fängt man im Internet nie wieder ein. Übrigens: Wenn man im Tumult hinhört, was da gerufen und geredet wurde, fühlt man sich unwillkürlich an die Stuttgarter Party- und Eventszene erinnert. Nicht etwa, weil

sie so gewalttätig waren wie dort, sondern die Belanglosigkeit des kommunikativen Austauschs macht atemlos. Während sie dem Ansehen unseres Landes schaden, schießen sie Selfies, lachen und berauschen sich an ihrer eigenen Doofheit....

Die BILD hat den Angriff auf den Reichstag übrigens dokumentiert hier

Unser Land steht vor einem tiefgreifenden Umbruch, und niemand weiß, wohin wir gerade steuern. Alternative Medien wie dieses Nachrichtenportal leisten in dieser Zeit einen wichtigen Beitrag dazu, die Wirklichkeit abzubilden, so wie sie ist – ob sie einem gefällt oder nicht. Damit das so bleibt, brauchen wir IHRE HILFE. Wenn SIE in der Lage und willens sind, unsere Arbeit hier zu unterstützen, freuen wir uns über eine Ihnen mögliche Spende zum Beispiel über PAYPAL hier oder auf unser Konto bei der Sparkasse Krefeld: DE40 3205 0000 0000 2711 22 .

Polizei löst Anti-Corona-Protest in Berlins Mitte auf

BERLIN – Bei der Auflösung der Anti-Corona-Demo in Berlin ist es zu ersten Rangeleien gekommen. Die Polizei, die mit 3.000 Beamten im Einsatz ist, setzte wiederholt Pfefferspray gegen aggressive Teilnehmer ein. Weil wie von der Polizei verlangt weder Abstandsregeln eingehalten noch polizeiliche Aufrufe, Schutzmasken zu tragen, von den etwa 18.000 Teilnehmern befolgt wurden, wurde ab 13 Uhr begonnen, die Versammlung aufzulösen